

Pressemitteilung

© powered by [premiumpresse.de](http://www.premiumpresse.de)

<http://www.premiumpresse.de/krise-trifft-auszubildende-besonders-hart-PR424413.html>

Krise trifft Auszubildende besonders hart

Berlin (pressrelations) - Krise trifft Auszubildende besonders hart
Zum Berufsbildungsbericht 2009 erklärt das Mitglied des Parteivorstandes Inga Nitz: Gerade in Krisenzeiten haben junge Leute schlechte Karten, was eine betriebliche Ausbildung betrifft. Der Ausbildungspakt wird ad absurdum geführt. Wer sich in dieser Situation vorrangig mit unbesetzten Ausbildungsplätzen aus dem Jahr 2008 beschäftigt, verschließt die Augen vor den vor uns liegenden Problemen. Zumal seit drei Jahren rückläufige Bewerberzahlen vor allem darin begründet sind, dass immer mehr Jugendliche höhere Schulabschlüsse anstreben, um bessere Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu haben. Erst gestern hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) im Rahmen der für März veröffentlichten Arbeitsmarktstatistik festgestellt, dass 241.700 Bewerberinnen und Bewerber auf 196.200 unbesetzte Ausbildungsstellen kommen. Von Oktober 2008 bis März 2009 gab es 372.700 Ausbildungssuchende auf 331.200 gemeldete Stellen. Allein in Bremen ist die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen im Vergleich zum Vorjahr um elf Prozent zurückgegangen. Junge Menschen bekommen die Folgen der Wirtschaftskrise bereits jetzt zu spüren. Aufgrund der unsicheren Auftragslage werden immer weniger Auszubildende eingestellt. Im Fall einer Insolvenz stehen sie oft ohne Abschluss und Perspektive auf der Straße. Insofern unterstütze ich den Vorschlag des DGB für eine befristete Übernahmeprämie der BA für Betriebe, die Lehrlinge aus einem Insolvenzbetrieb übernehmen. Kurzarbeit in den Betrieben zögert angekündigte Massenentlassungen nur heraus. Insofern wäre die Prämie eine vorübergehende Lösung. Die Sicherung der Zukunft nachfolgender Generationen ist keine Worthülse und darf nicht aus den Augen verloren werden. Ein Ausbildungspakt reicht nicht aus. DIE LINKE fordert die Verankerung des Rechts auf Ausbildung im Grundgesetz. Betriebe, die nicht ausbilden, sollen eine Ausbildungsplatzabgabe zahlen. Der von der LINKEN geforderte "Schutzschirm für Menschen" umfasst auch Auszubildende. Statt Milliarden für die Rettung maroder Banken einzusetzen, muss die Regierung alles daran setzen, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern. Quelle: <http://www.die-linke.de/nc/presse/presseerklarungen/detail/artikel/krise-trifft-auszubildende-besonders-hart/>